

Die Schätze aus 10 000 Umzugskartons

Suhrkamp-Archiv wird im Deutschen Literaturarchiv aufgearbeitet

VON ARMIN FRIEDL

MARBACH. In Berlin begrüßten zahlreiche Autoren den Umzug des Suhrkamp-Verlags von Frankfurt nach Berlin, im Marbacher Literaturarchiv beginnt jetzt die Arbeit. Etwa 10 000 Umzugskartons, vollgepackt mit Ordnern und Büchern, lagern in Gängen und zahlreichen Räumen in dem Archiv, das sich unterirdisch quasi über die gesamte Schillerhöhe erstreckt.

Marbach hat den Zuschlag für das umfangreiche Archiv des Suhrkamp-Verlags bekommen, das wohl bedeutendsten deutschsprachigen Verlags von Gegenwartsliteratur. Mit dabei ist auch das Archiv des Insel-Verlags, das bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Jan Bürger wacht künftig über diesen neuen Bestands, der einem Wunsch des Verlags entsprechend Siegfried-Insel-Archiv heißt, benannt nach dem langjährigen Verleger und Verlagsleiter. Nicht nur die Sichtung, sondern vor allem die umfassende wissenschaftliche Erschließung all dieser Unterlagen wird viele Jahre lang etliche Kräfte in Marbach bündeln.

Bürger ist die große Verantwortung anzumerken, aber auch die Freude auf diese gewaltige Aufgabe: „Zu einem Verlagsarchiv gehören ja auch zahllose Rechnungen und Korrespondenzen über Rechte



Kartonweise wertvolles Archivgut wird in Marbach ausgewertet. Foto: dpa

und Lizenzen. Zunächst dachte ich, das muss uns als Literaturwissenschaftler nicht so sehr interessieren. Doch es zeigte sich, dass diese äußerst interessant sind. Man kann hier auch detailliert Vertriebswege nachvollziehen“, erklärt Bürger.

Neben den zahllosen Kartons lagern in einem Nebengang Plakate und das Modell eines Suhrkamp-Messestands. Bürger: „Das ist eben so. Wenn man lange in derselben Wohnung lebt, wandert vieles, was man nicht mehr unbedingt benötigt, in den Keller. Und dort geht es dann in Vergessenheit.“ In zwei Kellerräumen sei in Frankfurt ordentlich archiviert worden, in weiteren 25 sei dies nicht so konsequent durchgeführt worden.

Ende des vergangenen Jahres sind die Dokumente von Frankfurt nach Marbach gekommen, das Archiv des Insel-Verlags ist schon etwas länger da.

www.dla.de

Neue Verträge für Messe-Chefs

STUTTGART (ks). Ulrich Kromer und Roland Bleinroth, die Geschäftsführer der Landesmesse Stuttgart (LMS), bleiben für jeweils weitere fünf Jahre an der Spitze der Messegesellschaft. Der Aufsichtsrat der häufig Stadt und Land geborenden LMS verlängerte die Verträge einstimmig. Beide Geschäftsführer haben in unternehmerischer und menschlicher Hinsicht erheblichen Anteil daran, dass die Messe mit dem neuen Gelände den Sprung in die erste Liga der deutschen Standorte erfolgreich bewältigt hat“, sagt Stuttgarts Finanzbürgermeister Michael Föll, der LMS-Aufsichtsratschef. Kromer, 57, ist seit 2006 Sprecher der Geschäftsleitung, er tritt im Mai 2011 seine dritte Amtsperiode an. Für Bleinroth, 47, beginnt am 1. Januar 2011 die zweite.

Kurz notiert

Rektor akzeptiert Entlassung

Der frühere Schulleiter einer gewerblichen Schule in Schramberg (Kreis Rottweil) hat seine Entlassung aus dem Schuldienst wegen des Besitzes von Kinderpornografie akzeptiert. Damit verliert der 57-jährige Pädagoge nicht nur seine Anstellung, sondern auch seine Pensionsansprüche. Für die Zeit seiner Beschäftigung werden die Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung nachgezahlt. (sw)

Wilhelm Greiner tot

Der frühere Chefredakteur des Schwarzwälder Boten, Wilhelm Greiner, ist tot. Der Journalist verstarb im Alter von 82 Jahren in Radolfzell. Er hatte nach Stationen in Stuttgart, Heidenheim und Heidelberg fast ein Vierteljahrhundert lang die traditionsreiche Tageszeitung in Oberdorf geleitet. (hps)



Zum Saisonauftakt im Blühenden Barock ist von Blütenpracht noch nicht viel zu sehen – die Natur ist auch vor dem Ludwigsburger Schloss knapp zwei Wochen im Verzug

Foto: Franziska Krauffmann

Gartenschau blüht mit Verspätung auf

Blumen im Blühenden Barock erlitten Kälteschock – Trotz Sparkurses Rekord beim Dauerkarten-Vorverkauf fast wieder erreicht

Erfolgreich durch die Krise: Wie andere Ausflugsziele im Land profitiert auch das Blühende Barock vom veränderten Freizeitverhalten der Schwaben. Zum Saisonstart sind mehr als 33 000 Dauerkarten weg, die Gartenschau rechnet erneut mit über 500 000 Tagesgästen.

VON SASCHA SCHMIERER

LUDWIGSBURG. Von Blütenpracht kann im Blühenden Barock zur Eröffnung noch keine Rede sein. Nach dem ebenso langen wie schneereichen Winter ist die Natur knapp zwei Wochen im Verzug, allenfalls die vor der Südfassade des Ludwigsburger Residenzschlosses in die Rabatten gesetzten Tulpen bringen etwas Farbe ins winterliche Grau. Für einen Ausflug ins Blühende Barock werden die meisten Besucher noch bis Ostern warten, der Saisonauftakt lockt höchstens Gartenschau-Puristen aus den drei Kilometer langen Rundweg durch das 30 Hektar große Areal im Herzen der Stadt. „Vor einer Woche hätten wir noch zwölf Grad unter null“, räumt Gartenschau-Chef

Volker Kugel ein, dass im Kampf gegen die Kälte in diesem Jahr selbst die besten Tricks der Gärtner versagt haben. Normalerweise pflanzen Mitarbeiter knapp 60 000 Tulpenzwiebeln im Gewächshaus auf, um punktblühenden Blüten strahlende Farben bieten zu können. In diesem Jahr erlitten die vorkultivierten Blüten prompt einen Kälteschock. „Selbst den Rollrasen mussten wir am Niederrhein besorgen“, stöhnt Chefgärtner Kugel über den Temperatursturz.

Statt auf teure Flugreisen setzen viele Schwaben auf Kurztrips

Allerdings: Trotz der Mühen zum Saisonauftakt geht das Blühende Barock erneut von einer erfolgreichen Bilanz aus. „Wie alle Ausflugsziele im Land profitieren wir derzeit davon, dass die Menschen auf teure Flugreisen verzichten und lieber einen Kurztrip zu Freizeiteinrichtungen in der Nähe unternehmen“, weiß Kugel. Er erwartet auch 2010 mehr als eine halbe Million Tagesgäste in den Ludwigsburger Schlossgarten. Am Rande einer Pachtung in Rastatt hat dem Gartenschau-Chef jüngst der Freizeitfor-

scher Horst W. Opaschowski bestätigt, dass ein Ende dieses Trends nicht absehbar sei.

„Für Opaschowski ist Natur eines der zehn Zukunftsthemen. Und wenn er als Trendpapst den Garten als einen der letzten Freiräume des Menschen sieht, glaube ich ihm das aufs Wort“, berichtet Kugel.

Das Ergebnis des Vorverkaufs bei den Dauerkarten scheint die Zuversicht zu bestätigen: Schon vor dem Saisonstart gingen mehr als 33 000 Jahrestickets weg, das sind nur 500 weniger als beim durchs Jubiläum des Marchengartens angekehrten Rekord im Vorjahr. Bemerkenswert ist diese Zahl schon deshalb, weil die Gartenschau 2010 nicht mit einer neuen Attraktion aufwarten kann. Weil Stadt und Land ihren Zuschuss auf je 400 000 Euro gekürzt haben, fehlen Kugel unterm Strich 225 000 Euro im Etat. Der lange geplante Bau eines Vogel- und Kakteenhauses im Nordgarten musste deshalb verschoben werden, den Umbau des Haupteingangs hat die Gartenschau auf Eis gelegt. „Wir gönnen uns eine Verschnaufpause“, meint Kugel zum verordneten Sparkurs – mehr als die überfällige Sanierung des Bootshebewerks im beliebten Märchenbach ist dieses Jahr finanziell nicht drin.

Info

Die Saison auf einen Blick

- Das Blühende Barock ist bis 7. November täglich von 7.30 bis 20.30 Uhr geöffnet. Zu den Höhepunkten im Veranstaltungsprogramm zählen die mit 125 Ausstellern ausgetuchten Barocken Gartentage und das Straßenmusikfestival im Mai. Im Juni findet die Oldtimerschau Retro Classics, im Juli das Musikfeuerwerk und das Märchenfest statt. Im September startet die Kürbisschau mit dem Thema „Weltall“.
- Neu im Angebot ist die Möglichkeit, mit einer professionellen Märchenzählerin einen Kindergeburtstag zu feiern. Je nach Dauer kostet der Spaß 60 bis 120 Euro.
- Die Eintrittspreise für die Gartenschau bleiben unverändert bei 7,50 Euro für Erwachsene und 3,60 Euro für Kinder. Eine Familienkarte kostet 20 Euro.
- Erneuert wurde vor der Saison der Rosengarten mit 120 Sorten. (sas)

www.blueba.de

FDP bleibt bei Nein zu zweiter Startbahn

Bundestagsabgeordnete Skudelny: Keine weitere Piste, keine Lockerung des Nachtflugverbots

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Mit der FDP, die in Stuttgart und Berlin mitregiert, wird es keine zweite Start-und-Lande-Bahn für den Flughafen Stuttgart geben und auch keine Debatte über die Lockerung der Nachtflugbeschränkungen. Das hat aus gegebenem Anlass die Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus Leinfelden-Echterdingen betont – nachdem Flughafenleiter Georg Fündel die Politik aufgefordert hatte, wieder einmal über die Zukunftsperspektiven des Landesflughafens und der anderen Flughäfen im Land nachzudenken.

Jegliche Befürchtungen, dass die Liberalen in der Flughafenfrage ihre Haltung ändern könnten, wenn der frühere Fraktionsvorsitzende Ulrich Noll im kommenden Jahr aus dem baden-württembergischen Ausscheidet, seien „haltlos“, erklärte Skudelny. Wer anstelle von Noll im Wahlkreis mit dem Flughafen für den Landtag kandidieren wird, werde zwar erst kommende Woche entschieden. Aber alle Bewerber für Nolls Nachfolge stünden für Lärm-

schutz auf den Fildern ein und würden jede Diskussion über eine Flughafenverweiterung ablehnen.

„Dass die FDP weiter auf die Verhinderung einer zweiten Start-und-Lande-Bahn setzt, dafür will auch Noll selbst sorgen. Er werde über seine Zeit als Landtagsabgeordneter hinaus seine „Möglichkeiten innerhalb der Partei nutzen“, um die zweite Piste

Ulrich Noll will auch nach dem Ausscheiden aus dem Landtag wachsam bleiben

zu verhindern, sagte Noll unserer Zeitung. Die Flughafenleiter Georg Fündel und Walter Schoefer würden sicherlich nicht aufgeben bei ihren Bemühungen um eine zweite Bahn. „Man wird also wachsam bleiben müssen.“

Dass Flughafenchef Fündel vor wenigen Tagen im Interview mit unserer Zeitung neue Überlegungen über eine Erweiterung des Flughafens anregte, hat Noll nach eigen-

em Bekunden nicht nur gewundert, sondern auch etwas wütend gemacht. Nach der Abfuhr für die Pistenpläne im Jahr 2008 habe Fündel die Schamfrist schneller für beendet erklärt, als man hätte erwarten dürfen. Offensichtlich habe er in dem Regierungswechsel von Günther Oettinger zu Stefan Mappus eine Gelegenheit gesehen. Wenn Fündel ausgerechnet nach den Rückgängen im Luftverkehr mit Kapazitätsengpässen argumentiere, sei das sehr unpassend. Ein Witz sei es geradezu, wenn er für eine zweite Start-und-Lande-Bahn plädiere, damit es eine Alternative gäbe, wenn die bestehende Bahn bei Zwischenfällen gesperrt werden muss.

Stefan Mappus halte zwar viel auf Verschlüssen, daher sei nicht mit einem schnellen Erfolg von Fündel zu rechnen gewesen, meint Noll. Der ausscheidende Landespolitiker hält es aber auch für möglich, dass die Flughafendebatte wieder auf die Tagesordnung gebracht werden soll, wenn die Verwerfungen um das Tiefbahnhofprojekt Stuttgart 21 ausgestanden sind und eine Schamfrist vorüber ist.

Verdi zieht in alte ÖTV-Zentrale

STUTTGART (ks). Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi wird 2011 mit rund 75 Mitarbeitern der Landesbezirksverwaltung von angemieteten Büros in der Königstraße 10 a wieder zurück in die Theodor-Heuss-Straße wechseln. Dort hatte die Vorgängergewerkschaft für den öffentlichen Dienst, die ÖTV, 1995 für rund 30 Millionen Euro ihre neue Gewerkschaftszentrale gebaut. Der Zusammenschluss von ÖTV und weiteren vier Einzelgewerkschaften zur Verdi brachte schließlich im Jahr 2001 den Umzug der Zentrale nach Berlin und die Mietslösung für die Landesbezirksverwaltung. Verdi versuchte anschließend über Jahre, den Neubau an der Heuss-Straße zu verkaufen, scheiterte damit aber und vermietete die Etagen nach und nach an eine Kreditauskunftei und die IG Metall. Nach zehn Jahren soll nun 2011 das für den Landesbezirk Baden-Württemberg zuständige Personal wieder in den traditionsreichen Standort zurückkehren, von dem aus mehr als 30 Jahre lang Tarifpolitik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der ganzen Republik betrieben worden war.

Land soll mit EnBW über AKW-Laufzeiten reden

CDU und FDP im Landtag wollen nicht auf Entscheidung der Bundesregierung warten – Kernkraftgegner gehen auf die Straße

TITISEE-NEUSTADT/STUTTGART (lsw). Im Ringen um längere Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke macht Baden-Württemberg Druck auf den Bund. Das will Berlin mit seinem Energiekonzept bis Herbst Zeit lassen will, fordern CDU und FDP im Landtag direkte Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Karlsruheener Energiekonzern EnBW über die Gewinnaufteilung. „Aus Berlin hören wir zu diesem Thema leider nichts Konkretes. Und ich befürchte, dass sich dies zumindest bis zur Landtagswahl in Nordheim-Westfalen im Mai auch nicht ändert. Deshalb sollte die Landesregierung jetzt das Heft des Handelns in die Hand nehmen“, erklärte CDU-Fraktionschef Peter Hauk nach der CDU-Fraktionsklausur in Titisee-Neustadt. Darüber sei er sich mit EnBW-Chef Hans-Peter Willis, der an der Klausur teilnahm, einig

„Nach unserer Vorstellung sollte die Hälfte der Zusatzgewinne an die Konzerne fließen, die andere Hälfte an den Staat für erneuerbare Energie“, sagte Hauk.

Auch FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke hält eine Vorräterolle des Landes für sinnvoll. „Ich vermisse das klare Bekenntnis der Versorger, 50 Prozent ihrer Zusatzgewinne abzugeben“, kritisierte er. Ein Sprecher von Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) wies hingegen darauf hin, dass man sich bereits in einem ständigen Austausch mit den Energieversorgern befinde. Nötig sei eine bundesweite Regelung. Skeptisch reagierte auch der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), in dem die Stadtwerke zusammengeschlossen sind.

„Die Diskussion fängt doch gerade erst im Bund an zu laufen. Es ist nicht einzusehen, warum es vorsehnel eine Lex EnBW geben sollte“, so Landeschef Matthias Bierz.



„Aus Berlin hören wir zu diesem Thema leider nichts Konkretes.“

Peter Hauk
CDU-Fraktionsvorsitzender

SPD-Landeschef Nils Schmid sagte: „Zu meinen, man könnte das im Land einseitig mit einem Unternehmen regeln, ist lächerlich. Die beste Förderung für erneuerbare Energien ist es, am Atomausstieg festzuhalten.“ Der Grünen-Landtagsabgeordnete Franz

Untersteller erklärte: „Statt Bundesregierung zu spielen, wären Gespräche der Landesregierung mit kommunalen Energieversorgern sinnvoller.“

Die EnBW betreibt unter anderem den zweitältesten Meiler Deutschlands in Neckarwestheim (Kreis Heilbronn), der eigentlich bald abgeschaltet werden müsste. Der Karlsruheener Konzern hat aber die Leistung gedrosselt, um den Reaktor so lange laufen lassen zu können, bis die Bundesregierung ihr Konzept vorgelegt hat. Die will sich durch den Vorstoß aus dem Land nicht antreiben lassen. „Die Vorarbeiten am Energiekonzept sind in vollem Gang“, hieß es am Freitag aus Berliner Regierungskreisen.

Unterdessen haben rund 25 Verbände, Initiativen, Stiftungen und Parteien an diesem Sonntag zu einem „Anti-Atom-Frühlingsfest“ in Neckarwestheim aufgerufen.